

Reider Vereine kritisieren hohe Gebühren

Die Gebühren für die Raumnutzung und der Lohn des Badi-Verwaltungsrats führten zu Diskussionen an der Reider Gemeindeversammlung.

Marc Benedetti

«Es ist die letzte Gemeindeversammlung für mich als Gemeindepräsident», sagte Hans Kunz (Die Mitte) am Montagabend im Sonne-Saal. 172 Stimmberechtigte (von 4388) nahmen an der Versammlung teil. Sein fortgeschrittenes Alter und seine Gesundheit seien die Gründe für den Rücktritt, nichts anderes. «Wir haben keinen Zoff im Gemeinderat», stellte Kunz fest.

Gleichzeitig teilte Hans Kunz mit, dass der neue Gemeindegemeinschafter Stefan Weiss aus dem Reidermoos sein Amt angetreten hat. Auch der nächste Gemeindepräsident aus Langnau, Josua Müller (parteilos), der am 1. Januar übernimmt, war als Stimmberechtigter anwesend. Er hatte am Schluss einen Auftritt, der gut ankam (siehe Box). Der abtretende Gemeindepräsident und die beiden «Neuen» spendierten den Reidern nach der Versammlung einen Apéro, den sie aus der eigenen Tasche bezahlten. «Er belastet das Gemeindebudget nicht!», sagte Kunz. Lachen im Saal.

«Die Nettoschuld bleibt ein Sorgenkind»

Gemeinderätin Vera Schwizer (parteilos) erläuterte die Finanzkennzahlen der Gemeinde Reiden. «Ein Sorgenkind bleibt weiterhin die Nettoschuld», sagte sie. Diese beträgt im nächsten Jahr 4447 Franken pro Einwohner (2022: 4415 Franken). Die Steuereinnahmen für 2022 würden voraussichtlich erreicht, doch die finanzielle Lage bleibe angespannt. Die Aufgabenbereiche mit den höchsten Ausgaben sind auch im nächsten Jahr der Sozial-, der Bildungsbereich und der Bereich Bau- und Infrastruktur.

Bruno Aecherli (IG Reiden) sagte, er vermisse den Teuerungsausgleich fürs Gemeinde-Personal. Die Teuerung sei auf den wesentlichen Posten aufgerechnet, beschied ihm der Bereichsleiter Finanzen. Ob die Teuerung ausgeglichen wird, wurde nicht recht klar.



Der abtretende Gemeindepräsident Hans Kunz (links) und sein Nachfolger Josua Müller. Er tritt das Amt am 1. Januar an. Rechts der neue Reider Gemeindegemeinschafter Stefan Weiss. Bilder: Marc Benedetti

«Ich habe die Rechnung angeschaut und bin erschrocken», meldete sich Markus Schwander von der IG zu Wort. «107000 Franken im Jahr kostet der Verwaltungsrat der Badi Reiden AG. Die Brunnengenossenschaft erhält zum Vergleich 15000 Franken im Jahr.» Der Verwaltungsrat würde sich «bedienen». «Ein

Viertel der Einnahmen wird damit gleich wieder verteilt», kritisierte Schwander.

Im Verwaltungsrat sitzt die nun parteilose Gemeinderätin Vera Schwizer als Vertreterin der Gemeinde. Sie erklärte, dass in den 107000 Franken auch die Kosten für Buchführung, IT und Revision enthalten seien. Dies ist

laut dem Revisionsbericht, welcher dem ZT vorliegt, jedoch nicht der Fall. Weitere Kosten kommen dazu.

Schwander griff Schwizer heftig an. Analog nach dem Sprichwort mit dem Bock, der zum Gärtner gemacht wird, solle man eine Geiss nicht zum Gärtner machen, sagte er. Die Ge-



Gemeinderat Bruno Geiser verabschiedete Yvonne Thommen.

meinderätin bewahrte Contenance und bat Markus Schwander, sich angemessen zu verhalten.

Nach diesem Scharmützel nahmen die Reider den Aufgaben- und Finanzplan 2023 bis 2026 zur Kenntnis und genehmigten das Budget 2023 mit einer Gegenstimme. Das Budget sieht einen Ertragsüberschuss von 112058 Franken und Bruttoinvestitionen von 4,29 Millionen Franken vor. Der Steuerfuss bleibt bei 2,20 Einheiten wie vom Gemeinderat beantragt.

Zu reden gab auch der beantragte Sonderkredit für die Sanierung der Werkstrasse. Eine Mehlseckerin monierte, das Wort «Bahnersatz» werde falsch verwendet. Ob die Gemeinde damit

eine neue Buslinie meine, welche allenfalls fürs Strategische Arbeitsgebiet (SAG) bestimmt sei. Gemeinderat Willi Zürcher (FDP) erklärte, am Bahnhof Reiden existierten heute drei Buslinien. Mit dem Bahnersatz sei eine vierte Buslinie gemeint, die im Zuge der Sanierung realisiert und behindertengerecht ausgestaltet wird. Dort halten die Busse, welche eingesetzt werden, wenn Züge ausfallen.

Die Gemeinde wolle keineswegs den Bahnhof abwerten und wünsche sich eher mehr Buslinien, so Zürcher. «Wenn das SAG kommt, sind weitere Buslinien möglich und sonst halt nicht», sagte der Gemeinderat. Ein Rückweisungsantrag der Bürgerin wurde abgelehnt. Die Anwesenden genehmigten grossmehrheitlich mit einigen Gegenstimmen den Sonderkredit in der Höhe von 1,26 Millionen Franken.

Gebühren für kommunale Räume angehoben

Am Schluss brachte der Langnauer Sepp Emmenegger ein Thema aufs Tapet, das die Vereine stark beschäftigt. Sie zahlen seit 2022 mehr für die Nutzung von Räumlichkeiten der Gemeinde und haben Anspruch auf eine kostenlose ausserordentliche Belegung pro Jahr. Emmenegger stellte den Antrag, dass die Belegung der Räume für Reider Vereine unentgeltlich wird. Das Benutzungsreglement solle rückwirkend geändert werden.

Die Einnahmen beliefen sich jährlich bloss auf maximal 12000 Franken für Reiden. «Diese Gebühren haben sich aber zu einem regelrechten Veinskiller entwickelt», sagte Sepp Emmenegger, der die Musikgesellschaft Richenthal-Langnau vertrat. Hans Kunz räunte ein, dass das Thema schon das ganze Jahr in aller Munde sei und der Gemeinderat dafür kritisiert worden sei. Die Versammlung stimmte dafür, den Antrag zur Prüfung an die Gemeinde zu überweisen.

Erster Auftritt des neuen Gemeindepräsidenten kam gut an

Es war eine Gemeindeversammlung der Abschiede und Begrüssungen. Gemeinderat Bruno Geiser (SVP) verabschiedete die langjährige Präsidentin der Bildungscommission, Yvonne Thommen. Er dankte ihr im Namen der Gemeinde für ihr zehnjähriges Engagement und schenkte ihr die Süssigkeit Reider Steine. Willi Zürcher (FDP) ehrte als Vizepräsident des Gemeinderates den zurücktretenden Gemeindepräsidenten: Hans Kunz (Die Mitte) habe

geschätzt 190 Gemeinderatssitzungen geleitet. «Er hat nicht alle Probleme Reidens lösen können», sagte der Gemeinderat, «aber es ist ruhiger geworden.» Er dankte Kunz für seinen grossen Einsatz und die Ausdauer. Auch Kunz erhielt Reider Steine. Der Gemeindepräsident meinte, er wolle seinem Nachfolger keine Ratschläge auf den Weg geben. Er gab zu bedenken, dass der Gemeinderat eine Kollegialbehörde sei und nach aussen geschlossen auftreten

sollte. Der Gemeindepräsident habe nicht mehr Rechte als die Mitglieder. «Aber vielleicht etwas mehr Pflichten», so Kunz. Er könne bei Pattsituationen den Entscheid treffen und vertrete die Gemeinde nach aussen. Er habe dies sehr gerne gemacht. Sein Nachfolger Josua Müller (parteilos) hatte daraufhin seinen ersten Auftritt an einer Gemeindeversammlung. Kollegen hätten ihn gefragt, ob er «wahnsinnig sei», in Reiden ein solches Amt anzutreten, sag-

te er mit einem Augenzwinkern. Er liebe schwierige Ausgangssituationen, so Müller, er danke allen für das Vertrauen. Man dürfe von ihm als politisch Unbelastetem erwarten, allen aufmerksam zuzuhören. Josua Müller schilderte auch eine Vision für Reiden. «Dort wo die Menschen zusammenarbeiten und gemeinsam nach Lösungen suchen, dort sind die Ergebnisse nicht weit», sagte er. Müller: «Met rote Grende find me kei gueti Lösige!» (ben)

Gemeinderat soll von drei auf fünf Mitglieder wachsen

Die Roggliswiler befanden neben dem Budget über eine Teilrevision der Gemeindeordnung.

Béatrice Wüst

An der Gemeindeversammlung von Roggliswil nahmen am Montag 28 stimmberechtigte Einwohnerinnen und Einwohner teil (von total 586). Sämtliche Anträge des Gemeinderates wurden an der von Gemeindepräsident Beat Steinmann speditiv geführten Versammlung einstimmig angenommen.

Gemäss Traktandenliste standen folgende Themen zur Diskussion: Der Finanzplan 2023-2026, das Budget 2023, der Steuerfuss und die Teilrevision der Gemeindeordnung. Ebenso befand die Versammlung über die Gesamtrevision des Regle-



Urs Geiser, der Präsident der IG Roggliswil, wurde verabschiedet.

ments der lokalen Bildungscommission.

Im Budget 2023 steht ein Gesamtaufwand von 5,82 Millionen Franken einem Ertrag von 5,76 Millionen Franken gegenüber, was zu einem Aufwandüberschuss von 65000 Franken führt. Der Steuerfuss beträgt 2.1 Einheiten (gleich wie 2022). Für das Budgetjahr 2023 sind Bruttoin-

vestitionen in der Höhe von 265000 Franken geplant. Das Geld dient für die Umnutzung der Hauswartwohnung für den Schulbetrieb, das Anbringen einer Aussendämmung, die Zertifizierung als Energiestadt sowie die Einführung einer Dorfzeitung in Roggliswil.

Die Anpassung der Gemeindeordnung hat zum Ziel, bis zu den nächsten Gesamterneuerungswahlen des Gemeinderates per Legislaturbeginn 2024 die Erweiterung des Gemeinderates von bisher drei auf fünf Personen zu vollziehen. Zurzeit seien die Arbeitsbelastungen der beiden Gemeinderäte und des Gemeindepräsidenten viel zu hoch. Die

Roggliswiler genehmigten die Teilrevision der Gemeindeordnung. Geplant ist auch ein Redesign der Gemeinde-Homepage. Im Bereich Datenschutz erfuhren die Anwesenden, können neu auch ohne Glaubhaftmachung eines schutzwürdigen Interesses Personendaten (Namen, Vornamen, Geschlecht, Geburtsdatum und Adresse) zu politischen, kulturellen, gesellschaftlichen, wohltätigen und wissenschaftlichen Zwecken veröffentlicht oder auf Anfrage hin bekanntgegeben werden.

Überarbeitung Reglement der Bildungscommission

Das bisherige Reglement über

die Schulpflege der Gemeinde Roggliswil musste überarbeitet und angepasst werden. Die Bildungscommission ist unter Vorbehalt der Zuständigkeit des Gemeinderates die oberste Führungs- und Aufsichtsbehörde für die Volksschule der Gemeinde Roggliswil. Die Gesamtrevision des Reglements wurde genehmigt. Das Bildungsangebot umfasst die Basis- und Primarschule, Förderangebote, Schulscholarbeit, Tagesstrukturen, frühe Sprachförderung und Bibliothek. Das erste Schuljahr der Musikschule «Klangwelt Wiggertal» wird mit den beteiligten Gemeinden und den jeweiligen Leitenden gemeinsam

organisiert und ab Sommer 2023 umgesetzt. Unter «Verschiedenes» teilte Gemeindepräsident Beat Steinmann mit, Urs Geiser habe als Präsident der IG Roggliswil demissioniert. Er verdankte herzlich seine Leistungen. Als Nachfolger wird Reto Geiser in seine Fussstapfen treten. Ausserdem teilte Beat Steinmann mit, dass die Ortsplanung der Gemeinde in Rechtskraft erwachsen ist. Die Gemeinde Roggliswil hatte eine Teilfläche im Netzelen von ihren Rückzonungen angenommen. Dies hatte der Luzerner Regierungsrat aber nicht akzeptiert. Nun ist offenbar alles «in Butter».